

müssen gleichermaßen individuell gefördert werden. **Wir brauchen die richtige Schule für jeden und nicht eine Schule für alle!**



gegen wirtschaftlichen Niedergang und Massenarbeitslosigkeit. Wir wollen klein- und mittelständische Unternehmen stärken, um neue Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen zu schaffen. Bremen muss endlich wieder zu einem attraktiven Standort für Investoren aus dem In- und Ausland werden. **Wirtschaftliche Prosperität ist die Grundlage für Freiheit und soziale Sicherheit!**



gegen Staatsverschuldung und Steuergeldverschwendung. Wir setzen uns für die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen im Land Bremen ein, lehnen aber Kahlschlagskürzungen zu Lasten sozial Schwacher ab. Notwendig ist eine Finanzpolitik, die intelligentes Sparen mit gezielten Maßnahmen zur Steigerung der Steuereinnahmen verknüpft. **Bremen darf nicht von Transferzahlungen anderer Bundesländer abhängig sein!**



Sie wollen mehr über die politischen Forderungen der BIW Bremen, unser Engagement vor Ort und unsere Arbeit in den Bremer Volksvertretungen wissen? – Dann besuchen Sie unser **Internetportal unter www.biw-bremen.de**. Dort können Sie sich auch für den regelmäßigen Bezug unserer kostenlosen Informationen anmelden, den Antrag für Ihre Fördermitgliedschaft bei BÜRGER IN WUT herunterladen und uns eine Nachricht per E-Mail zukommen lassen.

Oder rufen Sie uns an. Unsere Telefonnummer, unter der wir zu den üblichen Bürozeiten erreichbar sind, ist die **0421 – 51 23 98 96**. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf. Wir freuen uns auf Sie!



Jan Timke, MdBB
Vorsitzender der BIW

V.i.S.d.P.: Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW),
Landesverband Bremen, c/o Anne Laue,
Gerhard-Rohlf's-Str. 23/24, 28757 Bremen.
Internet: www.biw-bremen.de
E-Mail: info@buerger-in-wut.de.



Engagiert für Bremen!



Die Wählervereinigung **BÜRGER IN WUT, kurz BIW**, ist die demokratisch-konservative Kraft für Bremen und Bremerhaven. Wir sprechen alle Bürgerinnen und Bürger an, die eine seriöse Alternative zu den etablierten Parteien suchen. Denn unser Land braucht endlich einen politischen Neuanfang.

Bremen steckt in einer tiefen Krise. Die öffentlichen Finanzen sind völlig aus dem Ruder gelaufen. Mit über 28.000 Euro je Einwohner hat Bremen die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland. Deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen auch die Erwerbslosenquote und der Anteil sozial bedürftiger Menschen. Das Bremer Bildungswesen liegt am Boden. In nationalen Vergleichsstudien belegen unsere Schüler in trauriger Regelmäßigkeit die hinteren Plätze.



Anne Laue, Landesvorsitzende

Schlecht ist es auch um die Sicherheit in Bremen und Bremerhaven bestellt. Einbrüche, Überfälle, Raub und andere Formen der Alltagskriminalität nehmen immer bedrohlichere Ausmaße an. Ausländische Familienclans beherrschen große Teile des organisierten Verbrechens, agieren in rechtsfreien Räumen und verhöhnen den Staat. Die Polizei, personell ausgezehrt und unzureichend ausgestattet, ist kaum noch in der Lage, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten.

Eine Lösung der Probleme ist nicht in Sicht. **Die etablierten Parteien haben sich als unfähig erwiesen, unserem Land eine Zukunftsperspektive zu vermitteln.** Das gilt für SPD, Grüne, CDU und FDP gleichermaßen. Sie bilden eine eingeschworene politische Seilschaft, der es vor allem um Macht und Pfründe, aber nicht mehr um die Menschen geht. Die Bürger spüren das. Sie reagieren mit Politikverdrossenheit und vielfach auch mit Wahlverweigerung. Trotz der wachsenden Unzufriedenheit sind radikale Gruppierungen von rechts oder links für die meisten Bremer keine politische Alternative. Und das ist auch gut so.

Was Bremen braucht, ist eine **engagierte demokratische Oppositionskraft**, die den Regierenden auf die Finger schaut. Die unbequemen Fragen stellt und Themen auf die politische Tagesordnung setzt, die ansonsten unter den Tisch fallen würden. Die sich engagiert für die Belange der Menschen einsetzt und ihre Sorgen ernst nimmt. Deshalb haben wir im März 2004 die BÜRGER IN WUT gegründet. Die BIW sind eine bundesweite Wählervereinigung, die ihre Aktivitäten zurzeit auf Bremen und Hamburg fokussiert. Seit 2007 sind wir mit unserem Abgeordneten **Jan Timke** in der Bremischen Bürgerschaft vertreten. In der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven haben wir drei Abgeordnete. Außerdem sind Mandatsträger der BIW in den Beiräten von Blumenthal, Vegesack, Burglesum, Horn-Lehe, Huchting, der Vahr und Hemelingen aktiv.

Neben unserer Arbeit in den Stadtstaaten machen wir BÜRGER IN WUT durch öffentlichkeitswirksame Aktionen zu wichtigen Themen in ganz Deutschland auf uns aufmerksam. Beispiele sind unsere Kampagnen für die **Rückkehr zur D-Mark** und gegen einen EU-Beitritt der Türkei.

Programmatisch treten BIW für eine sozial-konservative **Politik der Vernunft** ein, die sich an der Lebenswirklichkeit orientiert und nicht auf Dogmen oder Ideologien fußt.

Die zentralen Forderungen der BÜRGER IN WUT für das Land Bremen lauten:



gegen Kriminalität und die Erosion des Rechtsstaats. Wir machen uns für ein sicheres Bremen stark. Um das staatliche Gewaltmonopol im öffentlichen Raum durchzusetzen, muss bei der Verbrechensbekämpfung das Null-Toleranz-Prinzip gelten. Das erfordert eine handlungsfähige Polizei sowie die rasche und konsequente Sanktionierung von Straftätern durch die Justiz. **Alle Menschen haben ein Recht auf Sicherheit, das vom Staat zu schützen ist!**



gegen politischen Filz und Vetternwirtschaft. Wir wollen den ausufernden Einfluss der Parteien auf Staat und Gesellschaft in Bremen zurückdrängen. Führungspositionen in der Verwaltung und bei öffentlichen Unternehmen sind allein nach Kompetenz zu besetzen, ohne Rücksicht auf das Parteibuch der Bewerber. **Bremen darf nicht länger Beute der politischen Klasse sein!**



gegen Multikulti-Utopien und ethnische Parallelgesellschaften in unseren Städten. Wir wollen die Integration der dauerhaft in Bremen lebenden Ausländer als Voraussetzung für ein friedliches Miteinander fördern und fordern. Integrationsverweigerung und die Abschottung von Zuwanderern in eigenen Wohnquartieren dürfen vom Staat nicht hingenommen werden. **Keine Partizipation ohne Integration!**



gegen Einheitsschule und Bildungsnotstand. Wir setzen uns für ein leistungsgerechtes gegliedertes Schulsystem und Startchancengleichheit für alle Kinder als Richtschnur einer modernen Bildungspolitik ein. Leistungsschwache und hochbegabte Schüler